

Kritikos, Alexander S.

Article

Der Aufstieg des Atypischen und der Fall der Volksparteien: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kritikos, Alexander S. (2009) : Der Aufstieg des Atypischen und der Fall der Volksparteien: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 40, pp. 690-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151855>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Der Aufstieg des Atypischen und der Fall der Volksparteien

von Alexander Kritikos*

Es ist seit dem vergangenen Sonntag oft gesagt worden, doch angesichts der Dramatik der Ereignisse lohnt ein weiterer Blick: Die Bundestagswahl brachte Union und SPD eine bittere Erkenntnis – sie sind keine Volksparteien mehr. Teilten sich die beiden in den 70er Jahren noch über 90 Prozent der Stimmen (heute unvorstellbar), so schmolzen diese Werte in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich zusammen, auf unter 90 Prozent in den 80er Jahren und unter 80 Prozent in den 90er Jahren. Heute kommen die beiden Parteien zusammen auf 56,8 Prozent! Die SPD verlor im letzten Jahrzehnt die Hälfte ihrer Wählerschaft, die CDU/CSU seit den 80er Jahren nicht viel weniger – kein Grund also für die Union, sich über ihr Ergebnis wirklich zu freuen, denn ihr Stimmenverhältnis zum voraussichtlichen Koalitionspartner hat sich von 1:7 im Jahr 1983 auf 1:2,3 reduziert.

Wie lässt sich das veränderte Wählerverhalten erklären? Zweifellos ist da zum einen das Erstarken der drei kleinen Parteien zu nennen, die für ihre jeweilige Klientel gezielt ein entsprechendes Profil entwickeln und so an Stimmen zulegen können. So mancher spricht bei diesen Parteien schon vom „Markenkern“, den sie im Unterschied zu den Volksparteien hätten. Aber das ist nur die halbe Geschichte! Für die Volksparteien ist wichtiger: Stärkste Fraktion sind im Jahre 2009 erstmalig die Nichtwähler. Sie machen über 18 Millionen Wahlberechtigte aus und liegen damit noch vor der Union. Ein Rückblick zeigt, dass die Wahlbeteiligung nahezu parallel zum Absturz der Volksparteien verlief – von über 90 Prozent in den 70er Jahren auf immerhin 70,8 Prozent.

Ein Grund, warum die Volksparteien das Volk immer weniger erreichen, könnte im veränderten ökonomischen Umfeld liegen. In den 70er Jahren lebte die überwiegende Mehrheit in sogenannten Normalarbeitsverhältnissen. Das sind stabile, weil unbefristete, sozialversicherungspflichtige Vollzeitberufstätigkeiten, meist für einen Arbeitgeber während des gesamten Erwerbslebens. Die Programme der beiden Parteien bedienten nahezu ausschließlich diese Menschen. Das Normalarbeitsverhältnis jedoch ist erodiert und die Volksparteien haben anscheinend noch nicht die richtige Antwort auf diese substantielle Änderung gefunden. Ihre Angebote scheinen für Menschen nicht attraktiv zu sein, die freiwillig oder unfreiwillig (beides ist möglich!) in noch atypisch genannten Arbeitsverhältnissen leben. Wenn die beiden großen Parteien also weiterhin Volksparteien bleiben wollen, müssten sie Programme entwickeln, die alle Erwerbspersonen erreichen. Dass ihnen dieser Spagat gelingen wird, darf derzeit bezweifelt werden. Denn mit der Veränderung der Arbeitswelten lassen sich die immer unterschiedlicheren Interessen nicht mehr so leicht in einem Programm verbinden.

* Prof. Dr. Alexander Kritikos leitet die Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistungen im DIW Berlin.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredation

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.